

Kulturpolitik im Welte(n)Wandel – Zusammenhalt und Teilhabe in einer vielfältigen Welt

20. – 21. April 2018 – Haus 1
Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

LAB 2

Neue Wirklichkeit Ostdeutschland: Was wir aufheben

21.04.2018, 10.15- 11.45 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Juliane Ebner**, Künstlerin und Filmemacherin
- **Hanka Kliese**, MdL, Vorsitzende des Kulturforums der Sozialdemokratie in Sachsen
- **Prof. Dr. Axel Klausmeier**, Direktor der Stiftung Berliner Mauer
- **Tobias Knoblich**, Kulturdirektor der Stadt Erfurt und Vizepräsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
- **Elske Rosenfeld**, Künstlerin und Autorin

Moderation: **Franziska Richter**, Referentin für Kulturpolitik und Politik in Ostdeutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Das LAB „Neue Wirklichkeit Ostdeutschland“ stand unter der zentralen Frage „Was wir aufheben“ - gemeint im Sinne der Hegelschen Dialektik: Was heben wir auf? Was setzen wir auf eine höhere Stufe, was werten wir auf? Aber auch: Was lassen wir los, was lassen wir hinter uns?

Das LAB befasste sich so mit Fragen des Erinnerns an das Leben in der DDR sowie des Gedenkens wichtiger historischer Ereignisse wie der Friedlichen Revolution oder des Mauerfalls. Ferner wurden die gesellschaftspolitischen Besonderheiten Ostdeutschlands diskutiert. Die Diskussion drehte sich aber auch um die Frage, wie noch stärker als bisher zu einer gemeinsamen Geschichte der Wiedervereinigung gefunden werden kann, die Ost und West miteinander verbindet und nicht trennt.

Blick auf Ostdeutschland

Nach einer kurzen Vorstellung der Referent_innen ging die Moderatorin **Franziska Richter** in einem kurzen Eingangsimpuls auf die gesellschaftspolitischen Besonderheiten in den neuen Bundesländern ein.

In ganz Deutschland habe sich in den letzten Jahren ein tiefgreifender Transformationsprozess vollzogen, hervorgerufen durch Globalisierung, demografischen Wandel, anhaltende Migrations- und Fluchtbewegungen sowie durch Technologisierung und Digitalisierung. Diese gesamtgesellschaftlich brisanten Entwicklungen würden in Ostdeutschland nun auf bestimmte Prägnungen und Erfahrungen treffen: beispielsweise das Gefühl fehlender Anerkennung von Lebens- und Transformationsleistungen seit der Wiedervereinigung, wenig Erfahrung im Umgang mit einer

diversen Gesellschaft und Weltoffenheit oder ein anderes Demokratieverständnis.

Bezüglich der Frage zur Erinnerungskultur nähmen viele Ostdeutsche zudem eine Kluft zwischen medialer Berichterstattung und individueller Erinnerung bzw. ihren individuellen Zugang zum Leben in der DDR wahr. Geschichten aus dieser Zeit blieben in den letzten Jahren unerzählt, obwohl es Bedürfnisse gebe, diese zu reflektieren und über Ereignisse in der Vergangenheit, die sehr prägend für die Menschen in Ostdeutschland waren, zu sprechen. Als Markierungspunkte benannte Frau Richter die Zeit der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls.

Erinnern an die Zeit der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls

Zu Beginn wurden zwei künstlerisch-reflektive Zugänge zum Thema „Erinnern“ präsentiert.

Die Künstlerin und Filmemacherin **Juliane Ebner** zeigte so eingangs einen Ausschnitt aus ihrer filmischen Trilogie zur neueren deutschen Geschichte: „Klack“. Frau Ebners Animationen haben einen biografischen Hintergrund, sie zeigen, wie ihre persönlich erlebten Geschichten in die Geschichte der deutschen Teilung und der Brüche der letzten 27 Jahre eingebettet sind. Daher liegt auch der besondere Fokus in diesen Filmen auf der Generation der 1970er: „Und darum geht es mir letztlich in meiner Trilogie „Klack“: Da erzähle ich von meiner Kindheit und Jugend und unversehens handelt es sich um die Geschichte unseres Landes [...] So erzählt meine Trilogie vom Leben vor, während und nach dem Fall der Mauer, die unsere Länder

trennte. Und natürlich sind wir es, die genau diese Geschichten zu erzählen haben.“

Für ihren aktuellen Experimentalfilm: „LANDSTRICH“ erhielt Frau Ebner dieses Jahr den Deutschen Kurzfilmpreis, einer der bedeutendsten und am höchsten dotierten Preise für Kurzfilme in Deutschland. Dieser auf hunderten Zeichnungen basierende Kurzfilm erzählt vom Schicksal einer deutschen Familie zwischen Kriegsende und Mauerfall. Der Film ist wie alle Filme der Künstlerin biografisch inspiriert und nicht auf die offizielle Geschichtsschreibung, sondern auf die individuelle Erinnerung gerichtet.

Das zweite künstlerische Projekt, das von der Autorin und Künstlerin **Elske Rosenfeld** vorgestellt wurde, erinnerte an ein prägendes historisches Ereignis vor dem Mauerfall: der sogenannten „Friedlichen Revolution“. Ihre Motivation für das Projekt ergab sich für Frau Rosenfeld aus dem „fundamental prägenden Erlebnis von 1989“, als sie in Halle im Alter von 15 Jahren Zeugin des politischen Umbruchs wurde. Die Erfahrung der „radikalen Unterbrechung“ hat sie nicht vergessen, auch wenn dieser aufwühlende Moment schnell wieder im Strudel der Geschichte versank. "Alles schien möglich, und dann blieb doch nur dieses Gefühl von 'jetzt geht doch bitte wieder rein'", so Frau Rosenfeld. „Dass dies eine Zeit war, in der unter anderem auch eine neue Verfassung entworfen und Wahlen auf die Beine gestellt worden sind, wird heute kaum noch erinnert“ – diese Beobachtung war Ausgangspunkt für die Autorin und Künstlerin. In ihrer Arbeit "A Vocabulary of Revolutionary Gestures" arbeitete Frau Rosenfeld mit Videoaufnahmen vom Zentralen Runden Tisch am 7. Dezember 1989. Bei dieser Versammlung berieten Vertreter_innen der DDR-

Blockparteien, Kirchen und Oppositionelle erstmals gemeinsam über die politische Zukunft des Landes. Als sich draußen Demonstrant_innen versammeln, herrscht im Raum Hilflosigkeit. „Auf der sprachlichen Ebene sind alle überfordert, körperlich passiert aber sehr viel“, so Frau Rosenfeld. Sie bearbeitete die Videoaufzeichnung, indem sie die Gesten und Bewegungen der Diskutierenden wiederholt, verstärkt, beschleunigt oder verlangsamt. In einem anderen Teil der Arbeit imitiert sie selbst die bei verschiedenen Ereignissen beobachteten Gesten, etwa bei einer Demonstration vor einer Fabrik in Frankreich oder einer Fahrt über den Tahrir-Platz in Kairo.

Sie treibe der erlebte Widerspruch um, dass Ereignisse, die sie sehr geprägt und ihr Leben grundlegend verändert hätten, in der offiziellen Geschichtsschreibung nicht mehr vorkommen bzw. im Nachhinein kleingeredet und umgeschrieben werden würden. In ihren Arbeiten wolle sie daher den für sie prägenden Ereignissen und Geschehnissen einen Resonanzraum, ein Forum geben.

Umgang mit DDR-Geschichte

Auf die Frage, wie in der Gedenkstätte Stiftung Berliner Mauer an die Zeit der DDR erinnert werde, entgegnete **Prof. Dr. Axel Klausmaier**: Die DDR sei nicht nur „Stasi, Mauer und auf der anderen Seite FKK“ gewesen.“ So widme sich seine Gedenkstätte erinnerungspädagogisch der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in vielerlei Facetten, erläuterte er. Eine Vielzahl „junger und internationaler“ Personen würden die Mauer-Gedenkstätte an der Bernauer Straße in Berlin jeden Tag besuchen. Unter anderem dem Umstand geschuldet, dass „es jeden Tag weniger Zeit-

zeugen gibt“, hätten „junge Leute keine Vorstellung wie es war“. Wichtig sei, „in den unterschiedlichen Formaten die Leute abzuholen“. Eine Frage, die im Zusammenhang der Gedenkstättenarbeit oft gestellt werde, sei beispielsweise: „Wie prägt das Objekt „Mauer“ den Alltag?“

Prof. Dr. Klausmaier ging auf Nachfrage der Moderatorin auch auf die Bezeichnung „Mauer als Kulturlandschaft“ ein, die er mitgeprägt hat. Dieser Begriff zielt darauf ab, dass, „die Mauer als ein durch Menschen gemachtes Objekt“ zu begreifen sei, führte er aus. In der Forschung zur Kulturlandschaft werde dieser traditionell auf historische Gärten wie etwa der Parklandschaft um das Schloss Sanssouci angewendet. Auch der Kohleabbau sei ein Beispiel für menschliche Eingriffe in Landschaften. Die Grenzbefestigungsanlagen der DDR mit ihrer gesamten dahinterstehenden Planung, Logistik und Infrastruktur seien als „militärische Kulturlandschaft zur Fluchtverhinderung“ zu begreifen.

Aber es ginge in der Gedenkstättenarbeit auch darum, „die Grautöne des Alltags“ zu vermitteln, betonte Herr Klausmeier. So würden Seitens der Teilnehmer_innen auch Fragen gestellt, wie etwa „Was war ein HO-Betrieb?“, „Wie funktionierte die Überwachung der Menschen durch die Stasi im Alltag?“, „Wie funktionierte die Fluchtverhinderung?“, „Wie viel und welche Handlungsspielräume hatten die Menschen?“ Ferner gehe es immer wieder um die „DDR als Nischengesellschaft“, es gehe darum zu erfahren, welche Möglichkeiten es gab, sich der (politischen) Normierung im Alltag zu entziehen.

Auch für **Hanka Kliese** ist die Vermittlung von eben diesen Grautönen im Leben in der DDR sehr wichtig. So gehörte zum

Beispiel das Nähen von Kleidung zum festen Alltag, „weil es nicht so viel gab“ und die Bevölkerung sich „zu helfen lernen musste“, führte sie aus.

Viele Aspekte der DDR seien in großer Ausführlichkeit wissenschaftlich aufgearbeitet. Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk habe so einmal gesagt, dass es mehr Bücher über Punks gab als tatsächlich Punks in der DDR. Weitestgehend unberücksichtigt bliebe jedoch der Alltag in der DDR. Über die alltäglichen Erfahrungen in der DDR zu sprechen, „müsse noch geübt werden“, konstatierte Frau Kliese.

Formate der Vermittlung

Bei der Vermittlung von Wissen über die Vergangenheit sei sie gegenüber ihrer eigenen Tochter eher vorsichtig, antwortete Frau Kliese auf Nachfrage. Schließlich habe sie selbst erlebt, dass historische Inhalte in der DDR durch frühe direkte Konfrontation mit Verbrechen des Dritten Reichs vermittelt wurden, was nicht altersgerecht gewesen sei und mit Alpträumen verbunden war. Heute gäbe es im Unterschied zur Unfreiheit in der DDR die Freiheit zum eigenen Gedanken. In der politischen Bildung gehe es vor allem darum, junge Menschen zu eigenen Schlüssen auf Grundlage einer guten Wissensbasis zu befähigen. Eine Instrumentalisierung der Erinnerungskultur für politische Zwecke sei äußerst problematisch. Ein Teilnehmer vertiefte in seinem Beitrag die Debatte um Erinnerungsarbeit. Hier würden oft Formate fehlen, die es möglich machten, sich mit komplexen Prozessen der Geschichtsaufarbeitung auszusetzen. So beschäftige er sich beispielsweise seit 30 Jahren intensiv mit dem „Dritten Reich“. Dieser Teil deutscher Geschichte lasse sich nicht durch einzigen

Gedenkstättenbesuch oder durch die Lektüre eines Buches nachempfinden. Es bedürfe vielmehr einer intensiven Auseinandersetzung über längere Zeit.

Entsprechende Formate des Dialogs über die DDR-Geschichte, die Wendezeit als auch den Transformationsprozesse der letzten 27 Jahre in Ost- und Westdeutschland würden seiner Meinung nach fehlen und seien zu entwickeln.

Reflexion von Transformationserfahrungen

Tobias Knoblich plädierte in seinem Beitrag zur Bewertung der Transformationsprozesse der letzten 27 Jahre dafür, die Lebens- und Transformationsleistungen der Ostdeutschen noch stärker als bisher anzuerkennen.

So hätten viele Ostdeutsche die Wendezeit und die sich anschließenden Transformationsjahre als „Kolonialisierung“ durch die BRD und den Alltag als Demütigung empfunden.

In der deutschen Kulturgeschichte würden zudem die individuellen Geschichten der DDR-Bürger_innen ausgeblendet. Diese „Parallelgeschichte“ in Form einer Nichtberücksichtigung sei ein „Skandal“. So sei die DDR etwa auch in der UNESCO aktiv gewesen und die 1968er ein ebenso wichtiges Ereignis für die DDR wie auch für die BRD gewesen, nur von einem anderen Blickwinkel aus gesehen. Wichtig sei es, die Geschichte der DDR strategisch in die Erzählung Gesamtdeutschlands mit einzubringen, da es sich bei den 40 Jahren DDR-Geschichte um eine wichtige Kollektiverfahrung handele, die nicht einfach ausgeblendet werden dürfe, sondern in die ge-

samtdeutsche Geschichtsschreibung integriert werden müsse.

Ein Teilnehmer warf in die Debatte ein, dass die Transformationsprozesse seiner Meinung nach allerdings kein Alleinstellungsmerkmal für Ostdeutschland, sondern vielmehr auch eine westdeutsche Erfahrung seien. Er mache dies etwa daran fest, dass auch seine Eltern, die im Ruhrpott lebten, die „alte Bundesrepublik“ ebenfalls vermissen würden.

Die Runde arbeitete anschließend heraus, dass sich auch in Westdeutschland Veränderungen vollzogen hätten; indes nicht in dem dramatisch hohen Tempo wie in den neuen Bundesländern. Die „Komponente Zeit“ sei insofern bei der Bewertung von Transformationsprozessen entscheidend.

Quasi über Nacht sei hier die Umstellung von einer zentralen Planwirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen System zu leisten gewesen. Die Schließung der Zechen in NRW sei so sozial über einen längeren Zeitraum abgefedert worden, während in Bitterfeld eine Schließung in vier Monaten umgesetzt wurde – dieses Beispiel brachte Herr Klausmeier in die Debatte ein. Frau Ebner sensibilisierte nochmals dafür, dass sich selbst die alltäglichsten Dinge für die Menschen in kürzester Zeit verändert hätten. Dinge, mit denen sie großgeworden seien und mit denen sie über Jahre vertraut waren, wie beispielsweise Telefonzellen, Milchtüten oder Straßenbahnen. Herrn Klausmeier war es wichtig zu betonen, dass bei der Bewertung der Transformationsprozesse zu berücksichtigen sei, dass es sich bei der deutschen Wiedervereinigung um einen weltweit einmaligen Prozess handle. Als Beispiel nannte er, dass die Geschehnisse als Zuspitzung koreanischen Besuchergruppen so geschildert werden

könnten, dass es dem entspräche, wenn eine „Pfarrerstochter aus Nordkorea in Südkorea Präsidentin wird.“

Er bilanzierte zudem eine enttäuschte „Erwartungshaltung der Dankbarkeit im Westen gegenüber dem Osten“ für die Errungenschaft der neuen Staatlichkeit und der Freiheit. So werde viel außer Acht gelassen, dass es auch Menschen gegeben habe, die „bei der D-Mark-Einführung geweint haben“. Mit dem Währungswechsel seien auch Kindheitserinnerungen verloren gegangen. Klausmeier berichtete von seiner eigenen Kindheit, in der seine Oma, sagte, wenn sie ihm einen 20-Mark-Schein schenkte: „Hier haste einen mit die Geige.“

Elitentransfer

Herr Knoblich schnitt ein weiteres strukturelles Problem an, das bis heute in den neuen Bundesländern nachwirke: den erheblichen Elitentransfer von West nach Ost, der sich ab 1990 vollzogen hätte. Zu konstatieren sei eine insgesamt fehlende Repräsentanz von Ostdeutschen in Ämtern, Unternehmen und den Eliten der Bundesrepublik. Damit verbunden seien zwangsläufig fehlende Selbstwirksamkeitsgefühle in der repräsentativen Demokratie und weniger Vertrauen in demokratische Politik. Vielen Bürger_innen fehlten Gesichter und Stimmen, denen sie ihre Interessen und Bedürfnisse anvertrauen können. Der Transfer westdeutscher Personen auf Elitepositionen nach Ostdeutschland habe sich in den letzten Jahren reduziert, ist jedoch keinesfalls beendet.¹

¹ So liegt der Prozentsatz von Führungskräften aus Ostdeutschland bundesweit nur bei 1,7 Prozent – bei 17 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung. Eklatant ist die mangelhafte Vertretung von Ostdeutschen beispielsweise in der Verwaltung; hier wird der Anteil von Ost-

Auch im Kulturbereich sei es zu einem erheblichen Elitenaustausch gekommen, führte Herr Knoblich aus. Gerade im kulturpolitischen Bereich wäre es aber sehr wichtig, dass vor allem Menschen dort arbeiten, die die örtliche Sozialisation erfahren haben, so Herr Knoblich. Ostdeutsche wiesen häufig einen „subalternen Habitus“ gegenüber der „Eloquenz der Westdeutschen“ auf und würden sich manchmal als „nicht anschlussfähige Lehrlinge im eigenen Land“ fühlen.

Dass sich die Machtnetzwerke tendenziell nach wie vor aus westdeutschen Eliten rekrutierten, bedeute eine Repräsentanzlücke, resümierte die Runde. Dieser Prozess habe auch für die Zukunft Ostdeutschlands und den Gestaltungseinfluss von Ostdeutschland große Konsequenzen. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf.

Plattformen des Austauschs und Begegnung zwischen Ost und West

Wie können wir exklusive Erinnerungsländszugänge zwischen Ost- und Westdeutschen hinter uns lassen und zu einer gemeinsamen Erzählung der Wiedervereinigung finden? Diese Frage stand im zweiten Teil der Gesprächsrunde im Mittelpunkt.

deutschen an gesamtdeutschen Spitzenpositionen von Experten auf vier bis fünf Prozent geschätzt. Ähnlich ist es in der Justiz. Unverändert kämen in der ehemaligen DDR lediglich 13,3 Prozent der Richter auch von dort. Von den 22 Hochschulrektoren im Osten sind lediglich drei im Osten geboren. Und in den 100 größten ostdeutschen Unternehmen gibt es allein ein Drittel heimische Chef. Quelle: Studie: „Ostdeutsche Eliten: Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven, Hrsg: Deutsche Gesellschaft e.V., Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, 2017

Auch 27 Jahre nach der Wiedervereinigung gäbe es noch große Unterschiede in den Prägungen und Erfahrungen zwischen Ost und West, hielt Hanka Kliese fest. Diese seien lange Zeit nicht beachtet bzw. fälschlicherweise angenommen worden, dass sie nicht existierten. So hätte sie beispielsweise einen wichtigen Unterschied bei der Bedeutung von „Schweigen“ bemerkt. In Westdeutschland werde Schweigen meistens als Zustimmung interpretiert; im Osten wäre dagegen Schweigen eher mit Ablehnung konnotiert. Widerspruch äußerten die Menschen bei Versammlungen in der DDR nicht öffentlich, vielmehr wurde das Schweigen oft als Akt des Widerspruchs verstanden.

In Ostdeutschland ginge dieses latente Schweigen zudem mit einer „Scheu vor Kontroversen“ einher, so Hanka Kliese. Sie berichtete an dieser Stelle von einem für sie einschneidenden Erlebnis: Ein Lehrer hätte in ihrer Schulzeit zu ihr gesagt: „Ihre Meinung ist falsch.“ Dies hätte sie sehr frappiert – eine Meinung könne niemals falsch sein! Ihrer Beobachtung nach sei die „Lust an der Kontroverse“ in Ostdeutschland weniger ausgeprägt als in Westdeutschland. Dies fände sie sehr „spannend“, weil dies ein Parallelbefund zu dem ebenfalls zu beobachteten schwach ausgeprägten Bedürfnis, sachlich Probleme zu diskutieren, sei.

Zudem gäbe es in Ostdeutschland eine besondere Empfindlichkeit im Diskurs über „political correctness“. Ostdeutsche würden dies besonders als „Sprach- und Sprechverbote“ interpretieren, so Frau Klieses Befund. Wichtig sei dabei jedoch, Begriffe in ihren historischen Kontext einordnen zu können. Die „fehlende Lust an kritischer Auseinandersetzung und der fehlende Stolz auf die geschaffene Mög-

lichkeit zur freien Artikulation im Jahre 1989“ stünden dem aber noch im Wege. Veranstaltungen, die freie Artikulationsräume eröffneten und Grautöne thematisierten, seien daher essentiell. Neue aktivierende und beteiligungsorientierte Formate politischer Bildungsarbeit seien für die Herausbildung einer positiven Debatte- und Diskurskultur zwischen Ost – und Westdeutschen daher eine wichtige Aufgabe der Zukunft.

Die Frage „*Wer* spricht?“ sei sehr eng mit der Frage „*Wie* kann gesprochen werden?“ verbunden, brachte Elske Rosenfeld an diesem Punkt in die Debatte ein. Bestimmte Narrative der Erinnerung an die Kindheit verdeutlichten so die Unterschiede zwischen Ost und West. In Ostdeutschland gäbe es aber eine „vermintete Vergangenheit“, Personen, die im Osten Karriere gemacht hätten sähen sich z.B. einen anderen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt als Leute mit vergleichbaren Lebensläufen im Westen, führte sie aus.

Der Ausdruck „hinter der Mauer“ der ihrer Meinung nach aus westlicher Perspektive auf den Osten schaut, sei hierfür exemplarisch. Ihre Perspektive sei die von „diesseits der Mauer“. Die westliche Sicht sei im Diskurs aber übernommen worden, führte Frau Rosenfeld aus. Frau Ebner betrachtete den Begriff „Hinter der Mauer“ hingegen nicht nur als eine westdeutsche Prägung. Vielmehr sei die Frage dabei gewesen, ob man sich als DDR-Bürger durch die Mauer eingesperrt und von der Welt abgeschnitten fühlte oder nicht. Wenn ja wurde aus diesem Erlebnis des sich eingesperrt Fühlens schon zu DDR-Zeiten von DDR-Bürgern selbst davon gesprochen „hinter einer Mauer“ zu leben.

Die Begriffe für die Ereignisse von 1989/90 sei durch Medienpolitiken stark geprägt worden, argumentierte Frau Rosenfeld in der weiteren Diskussion. So wurde zunächst der Begriff der „Wende“ von Egon Krenz übernommen, circa 2009 sei der Terminus der „friedlichen Revolution“ als Sprachduktus hinzugekommen. Seit 2014 werde jedoch fast ausschließlich vom „Mauerfall“ gesprochen und daran erinnert. Erst in den letzten zwei Jahren würden wieder die Begrifflichkeiten der „Friedlichen Revolution“ diskutiert werden. Diese begrifflichen Veränderungen seien interessant zu beobachten und führten sie immer wieder zu der Frage, „wie und in welchen Begriffen wir miteinander sprechen können“.

Besonders für die Zeit von 1989 bis 1990 existierten ihrer Beobachtung nach sprachliche Leerstellen. Es fehlten Foren um zu beschreiben, *warum* es sich um einen Moment der Hoffnung und der Selbstermächtigung handelte und auf *was* genau gehofft wurde. Die Folge dieser Leerstellen sei eine sprachliche Selbstzensur durch Nachsätze wie „Wir waren aber naiv“. Dies sei auf eine „fehlende Sprachlichkeit und Wertschätzung“ zurückzuführen und die zentralen Fragen müsse also lauten: „Wer spricht und wie kann eine historische Erfahrung gesprochen werden?“, so Frau Rosenfeld. Erst beidseitiges Zuhören würde zum Zusammenleben beitragen, so das Plädoyer von Frau Ebner. Gegenseitige Akzeptanz für Alltagserfahrungen und unterschiedliche Prägungen zu schaffen und sich dabei ernst zu nehmen – dies wäre essentiell. Dieses Zuhören und diese Achtsamkeit gegenüber der Unterschiedlichkeit sind zur Stärkung des Zusammenwachsens zwischen Ost- und Westdeutschland von großer Bedeutung. Ein Teilnehmer in der Runde sah gerade hier eine besondere

Aufgabe für Stiftungen, die notwendigen Erzähl- und Zuhörprozesse entsprechend verstärkt zu organisieren und hier auch neue Formate der Begegnung zu schaffen.

Formate politischer Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Als ein wichtiges Format der Befassung mit diesem Thema benannte die Moderatorin einige bereits erprobte Formate des Austauschs im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wie beispielsweise die Wanderausstellung „...und dann sind wir an die Ostsee gefahren. DDR-Geschichte im Gespräch der Generationen“. Hier wurden 15 ostdeutsche Familien verschiedenster Milieus befragt, wie sie innerhalb der verschiedenen Generationen an die DDR erinnern. In der Zusammenschau von Diktaturerfahrung und Lebenswelt zeigten sich in der Ausstellung differenzierte Bilder erlebter Geschichte von 25 interviewten ostdeutschen Familien. Bei Veranstaltungen seien sehr oft die interviewten Familienmitglieder anwesend und kämen mit den Teilnehmenden in intensive Gespräch über das Leben in der DDR, die Zeit der Friedlichen Revolution als auch der Transformationsjahre. In der Reihe „Freiheit beginnt zwischen den Ohren“ diskutieren Schüler_innen, Referendare und Lehrer_innen mit Zeitzeugen vertieft über bestimmte Zeitspannen, wie beispielsweise über die Anfangsjahre der DDR oder zu den Motiven der Bürgerrechtler_innen in der Zeit der Friedlichen Revolution.²

In der Runde wurde zudem die Notwendigkeit betont, in Veranstaltungen auch die

² Nähere Informationen auch unter <https://www.fes.de/forum-berlin/politik-in-ostdeutschland>

guten Seiten des Transformationsprozesses der letzten Jahre hervorzuheben, um der skeptischen und pessimistischen Grundhaltung vieler Teilnehmenden entgegen zu wirken.

Was heben wir auf, was nehmen wir mit?

Die Diskutanten waren sich einig: Aus der DDR seien nicht nur Ampelmännchen und Rechtsabbiegepeil geblieben. Vielmehr sei die kulturelle Infrastruktur aus der DDR (wie beispielsweise die vielen Theater- und Kulturhäuser in den neuen Bundesländern), als auch die Kinder- und Jugendliteratur wichtiger Bestandteil der Kulturlandschaft von Gesamtdeutschland geworden. So würden DDR-Kinderbücher momentan eine „Renaissance“ in Ost- wie Westdeutschland erleben. Elemente der DDR-Kunst würden im Öffentlichen Raum auch wieder an Präsenz gewinnen, berichtete Herr Knoblich von seinen Erfahrungen als Kulturdirektor der Stadt Erfurt.

Frau Ebner betonte nochmals die Bedeutung des Sprechens über bestimmte Erfahrungen – dies sei unbedingt aufzuheben, mitzunehmen in die Zukunft.

Für Frau Rosenfeld war es wichtig zu betonen, dass Differenzen nach wie vor zugelassen und sichtbar gemacht werden müssten. Es sei wichtig, bei der Diskussion über ostdeutsche (und auch westdeutsche) Prägungen und Erfahrungen nicht pauschale Bewertungen vorzunehmen seien, sondern differenzierte Betrachtungen zugelassen werden müssten - auch mit Hinblick auf die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten- und Realitäten der Menschen in Deutschland.

Eine Teilnehmerin brachte ein, dass es eine große gesellschaftspolitische Herausforderung sei, den gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland zu begegnen. Diesen tiefergehenden Strukturprobleme seien nicht nur durch „Miteinander Sprechen“ entgegenzuwirken, sondern durch eine veränderte Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, die Ostdeutschland stärker als bisher fördern würde. Resignation und die Hinnahme der wirtschaftlich schlechteren Aufstellung der ostdeutschen Länder schaffen keine optimistischen Szenarien, sondern ließe die Menschen dorthin gehen, wo ihnen eine bessere wirtschaftliche Zukunft versprochen wird. Diese neue Wirtschaftspolitik müsse einen Auf- und Ausbau der ostdeutschen Wirtschaftsstrukturen beinhalten und Möglichkeiten einer besseren Kapitalausstattung von Ostdeutschen schaffen. Es sei zudem notwendig, Sozialpolitik für die junge Generation Ost und West anzumahnen. Die Übernahme von Führung und Gestaltungsmacht seien hierfür äußerst notwendig. Denn die Ostdeutschen könnten nur mit „Kapital und Einfluss“ Gesamtdeutschland mitgestalten.

Für Prof. Dr. Klausmeier zeige die Erfahrung, dass das Thema DDR auf großes Interesse stoße und die Beleuchtung der Vergangenheit aus vielfältigen Perspektiven Seitens der verschiedenen Generationen positiv aufgenommen werde. Er betonte nochmals die Bedeutung von Gedenkstättenarbeit, da Geschichten von Zeitzeugen und Opfern „aufgehoben“ werden müssten. Es müsse dabei aber neben den Gesprächen über die Unterschiede von Demokratie und Diktatur, auch verstärkt über den Alltag in der DDR gesprochen werden.

Hanka Kliese äußerte abschließend zwei Wünsche für die Zukunft. Erstens sollten Westdeutsche „das wohlmeinend auf Ostdeutsche Schauen loslassen.“ Von der ostdeutschen Seite wünsche sie sich dagegen das „Aufheben“ des latenten Rassismus gegenüber Westdeutschen, den sie insbesondere in Sachsen bemerke und ein stärkeres Miteinander zwischen Ost und West.

Impressum

Herausgeber

Forum Berlin ◦ Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17 ◦ 10785 Berlin

Verantwortlich

Franziska Richter

Kontakt

franziska.richter@fes.de

© 2018 Forum Berlin ◦ Friedrich-Ebert-Stiftung

** Der Inhalt des Beitrages enthält Meinungen der Redner_innen der 6. Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Diese sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der FES.*